Drucksache 17/10666

erste Lesung

zweite Lesung

Die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt sollen zu Protokoll gegeben werden. *(siehe Anlage 2)*

Wir stimmen ab. Der Rechtsausschuss empfiehlt in Drucksache 17/10666, den Gesetzentwurf Drucksache 17/9842 anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/9842 angenommen und verabschiedet.**

Ich rufe auf:

22 Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9942

erste Lesung

Frau Ministerin Heinen-Esser hat ihre Einbringungsrede zu Protokoll gegeben. Ich danke Frau Ministerin Heinen-Esser. *(siehe Anlage 3)*

Eine weitere Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/9942** an den **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**, an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** sowie an den **Unterausschuss Bergbausicherheit**. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

23 Gesetz über die Ausbildungsvergütung für Auszubildende in der einjährigen Ausbildung zur generalistisch ausgebildeten Pflegefachassistentin und zum generalistisch ausgebildeten Pflegefachassistenten in Nordrhein-Westfalen (Pflegefachassistenten-Ausbildungsvergütungsgesetz -Pflfach-assAvG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/10652

Herr Minister Laumann hat seine Einbringungsrede zu Protokoll gegeben. Herzlichen Dank an Minister Laumann. *(siehe Anlage 4)*

Eine weitere Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/10652** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Nein. Wir haben diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

24 Einschulungstichtag kindgerechter, elternfreundlicher und unbürokratischer regeln

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10629

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/10629** an den **Ausschuss für Schule und Bildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Wir haben die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

25 Vorgaben zur nationalen Diabetesstrategie bleiben hinter den Erwartungen zurück – Volkskrankheit Diabetes mellitus muss endlich entschlossen bekämpft werden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10642

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags 17/10642** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen. Ist jemand dagegen? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Die Überweisungsempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

Anlage 3

Zu TOP 22 – „Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts“ – zu Protokoll gegebene Rede

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz:

Das Landeswassergesetz wird novelliert. Lassen Sie mich vorweg auf die aktuelle wasserwirtschaftliche Situation verweisen: Die vergangenen Monate haben wie die letzten beiden Jahre wieder mal deutlich gemacht, dass ein funktionierender Wasserhaushalt keine Selbstverständlichkeit ist. Ausreichendes Wasser in der erforderlichen Qualität bietet die Grundlage für die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und ist unabdingbar für die Landwirtschaft und viele Industriezweige. Es geht dabei nicht nur um „Mengenprobleme“, sondern die Aufgabe ist weiter gefasst, wie auch die Wasserrahmenrichtlinie deutlich macht.

Unsere Gewässer, oberirdische und Grundwasser, werden uns dauerhaft nur dann zur Verfügung stehen, wenn sie in einem guten ökologischen und chemischen Zustand sind, also über eine entsprechende Biologie verfügen und sich die stoffliche Belastung in engen Grenzen hält. Die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen muss neben dem Wasserhaushaltsgesetz das nordrhein-westfälische Landeswassergesetz bieten. Das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes hält sich bei einigen Themen bewusst zurück und überlässt die Regelung den Bundesländern.

Außerdem erfordern die nordrhein-westfälischen Besonderheiten in Teilen Regelungen, die in anderen, weniger dicht besiedelten Bundesländern mit einer anderen Industriegeschichte, einer anderen Struktur der Wasserversorgung und weniger Landwirtschaft nicht erforderlich sind.

In Nordrhein-Westfalen wird 60 % des Trinkwassers direkt oder indirekt aus Oberflächengewässern gewonnen. Wir müssen angesichts unserer Besiedlungsdichte 25 % des in Deutschland anfallenden Abwassers bewältigen – bei nur 10 % Fläche Deutschlands. Und dazu kommt, dass ca. 50 % der Kläranlagen in Gewässer einleiten, die einen Abwasseranteil von über 1/3 des mittleren Niedrigwasserabflusses haben: eine Herausforderung für die Abwasserbeseitigung und für die Wasserversorgung, die sich auch in unserem Landeswassergesetz widerspiegelt.

Außerdem machen uns weitere durch den Klimawandel bedingten Änderungen des Niederschlags zu schaffen: Der Regen bleibt nicht aus, sondern es kommt Starkregen, der die Kanäle überlastet und zu Überschwemmungen führt. Das stellt die

Infrastruktur der Wasserwirtschaft vor besondere Herausforderungen oder erfordert ein neues Vorgehen bei der Niederschlagswasserbeseitigung. Die muss sich nicht nur verstärkt der Aufgabe stellen, den Regen zur Bewältigung der Trockenphasen zurückzuhalten, sondern auch der Aufgabe, Starkregen schadlos abzuführen.

Diesen besonderen Herausforderungen stellt sich das Landeswassergesetz. Es enthält im Vergleich zum Wasserhaushaltsgesetz und zu anderen Landeswassergesetzen viele weitergehende Regelungen zu den beiden großen Themen Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung, die sich zur Bewältigung der besonderen Herausforderungen bewährt haben.

Auch die neuen Regelungen lassen sich an diesen Herausforderungen messen und tragen zur Bewältigung bei:

Mit der Regelung zum Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung wird die erforderliche Rechtsgrundlage gegeben, bei Konflikten zwischen den verschiedenen Wasserentnehmern das vorrangige Ziel der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und damit des Gesundheitsschutzes sicherzustellen. Dazu möchte ich anmerken: Ziel des wasserwirtschaftlichen Vollzugs ist es, solche Nutzungskonflikte vorausschauend zu vermeiden.

Nordrhein-Westfalen ist ein wasserreiches Land und hat eine im Grundsatz gut aufgestellte Wasserversorgungsinfrastruktur.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns aber gezeigt, dass es immer wieder und wahrscheinlich auch immer häufiger Monate geben wird, in denen lokale oder regionale Engpässe auftreten können. Wir wissen auch, dass sich Bedarfe erhöhen werden, insbesondere in der Landwirtschaft. Wir wissen, dass zum Beispiel bei Grundwasserentnahmen die Berechnung der Grundwasserneubildung überprüft werden muss. Bei der Erteilung von Entnahmerechten müssen sich daher je nach wasserwirtschaftlicher Situation Entnehmer und Zulassungsbehörde mit diesen Themen auseinandersetzen. Dafür bietet die Regelung einen Baustein.

Mit der Stärkung der Regelungen zur Sanierung von Anlagen in und an Gewässern wird das Vorgehen gegen lokale Überschwemmungen gestärkt. In einigen Landesteilen von Nordrhein-Westfalen gibt es viele und lange Verrohrungen, die aufgrund ihres Alters teilweise zusammenbrechen und daher bei stärkerem Regen zu Rückstauungen und damit Überschwemmungen sowie Vernässungen führen. Die Behörden vor Ort stellen sich dieser anspruchsvollen Aufgabe der Sanierung solcher Anlagen, in Teilen zusammen mit den gewässerunterhaltungspflichtigen Kommunen und

Wasserverbänden. Das Landeswassergesetz schafft dafür die erforderlichen Rechtsgrundlagen.

Die Regelung zum generellen Bodenschatzgewinnungsverbot im Wasserschutzgebiet wird gestrichen. Der Schutz der Trinkwassergewinnung soll zukünftig, sachgerecht unterschieden nach Schutzzonen, in der anstehenden landesweiten Wasserschutzgebietsverordnung geregelt werden.

Das Niveau des Schutzes der Entnahme zur Trinkwasserversorgung ändert sich damit nicht: Auch die Novelle 2016 sah nach ihrer Begründung der Verbotsregelung die Möglichkeit von Bodenschatzgewinnung in der weiteren Zone vor. Diese Möglichkeit sollte damals in den Verordnungen von Bezirksregierungen und unteren Wasserbehörden umgesetzt werden.

Der Weg über die landesweite Wasserschutzgebietsverordnung ist der bessere: Er garantiert, anders als nach dem vorherigen Vorgehen, ein einheitliches Niveau, wo es keine Besonderheiten vor Ort gibt.

Die landesrechtlichen Regelungen zum Gewässerrandstreifen und zur Düngung werden angesichts der Novelle der Bundesdüngeverordnung und des neuen § 38a des Wasserhaushaltsgesetzes aufgehoben. Mein Haus geht davon aus, dass der Schutz der Gewässer vor dem Eintrag von Nitrat und Phosphor wie jahrzehntelang von der Wasserwirtschaft gefordert jetzt durch das Fachrecht sichergestellt wird. Das Düngerecht ist als das Fachrecht für die Düngung der richtige Ort für Vorgaben für die Düngung zum Schutz der Gewässer und Natur. Die Düngevorgaben müssen von vornherein den Schutz von Gewässern und Natur sicherstellen. Sollten sich wider Erwarten noch Lücken auftun, sind diese im Fachrecht zu schließen. Für das Thema Pflanzenschutzmittel muss ebenfalls das Fachrecht eine Lösung bieten.

Damit wird nicht die Bedeutung eines Streifens am Gewässer verkannt, der Raum für typgerechte Flora und Fauna bietet und Uferabbrüche ermöglicht. Ein solcher Gewässerrandstreifen ist die Grundlage für die Vernetzung eines Gewässers mit seiner Umgebung. Und die Beschattung des Gewässers durch Bäume und Sträucher kühlt und vermindert die Gefahr der Eutrophierung. Die Wasserwirtschaft verfolgt bei Maßnahmen zur Gewässerentwicklung entsprechende Ansätze zu einer solchen Ausgestaltung der an das Gewässer angrenzenden Bereiche.

Allein gesetzliche Verbote oder auch die mittlerweile im Bundesrecht geregelte Pflicht zur geschlossenen Begrünung von hängigen Gewässerrandstreifen reichen hier nicht. Es müssen andere Wege gefunden werden. Mein Haus ist dabei, mögliche Anreize über die Agrarförderung zu

prüfen, und der Bund wird eine entsprechende Regelung in das Wasserhaushaltsgesetz einfügen. Die Wasserwirtschaft und auch der Naturschutz können nach jahrzehntelangen Diskussionen als Erfolg verbuchen, dass bundeseinheitliche Regelungen geschaffen werden – Sonderregelungen in den Landesgesetzen waren zu ihrer Zeit wichtig, um die Defizite beim Bund aufzuzeigen. Jetzt sind sie zum Glück nicht mehr erforderlich.

Es wird das Vorkaufsrecht für Maßnahmen der Gewässerentwicklung entsprechend der Forderung im Koalitionsvertrag gestrichen. Mit den vorgelegten Änderungsvorschlägen wird im Übrigen der wasserrechtliche Vollzug dort dereguliert und beschleunigt, wo es ohne Senkung des erforderlichen Schutzniveaus möglich ist. Dabei hat mein Haus viele Anregungen aus dem Bereich von Wirtschaft und Kommunen geprüft und umgesetzt. Außerdem nimmt der Entwurf Forderungen des nachgeordneten Bereichs auf, die dem Interesse an einem vereinfachten Vollzug Rechnung tragen. Mit dem Gesetzentwurf wird bei Wahrung des gleichen Ambitionsniveaus die Verwaltung entlastet.

Mein Haus hat die betroffenen Verbände und meinen nachgeordneten Bereich auch jenseits der formalen Anhörung beteiligt.